

# Riesaer Tageblatt

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.  
Vermerk Nr. 20.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1500  
Straße Riesa Nr. 52.

Nr. 197.

Freitag, 24. August 1923, abends.

76. Jahrg.

**Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betreffend.**  
Für den Verkauf von Mehl und Brot sind infolge der weiteren erheblichen Erhöhung des Mühlenbutes, der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

A. für Mehl:

a) im Großhandel  
für Weizenmehl 2863 000 M. für Roggenmehl 2800 000 M. für 1 kg brutto im Leibfack frei Haus,

b) im Kleinhandel  
für Weizenmehl 31000 M. für 1 kg für Roggenmehl 29000 M. für 1 kg.

B. für Brot:

für Roggenbrot 68200 M. für 1 kg für Weizenbrot 98650 M. für 1 kg  
120000 M. für 1900 gr. 41500 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 27. August 1923 ab in Wirklichkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Ablösen dieser Preise steht strafrechtliche Verfolgung nach.

Zwecks Nachbelastung des Unterschieds zwischen dem alten und neuen Preise für die am 26. August 1923 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände erhalten alle Bäckereien einschl. der Mühlenbäckereien und Mehlkleinhandlungen Auforderung, über die am 26. August 1923 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an

1. Roggen, 5. Weizenmehl 85% ig.  
2. Weizen, 6. Gerstenmehl 75% ig.  
3. Gerste, 7. Roggenbrot,  
4. Roggenmehl 85% ig. 8. Weizenbrot

völligstens bis zum 30. August 1923 unter Benutzung der in ihrem Besitz befindlichen Vor- drucke Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes, Hindenburgstraße 34, zu

erstatteten. Die Bestände sind aufzugeben. Bedriglich Schädigungswise An- gabe der Bestände ist unzulässig.

Zwecks Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände sind weiter alle bis zum 26. August 1923 nach Geschäftsschluss belieferter Brotmarken (bis einschließlich der Reihe 2 der laufenden Brotreihe) fortgängig zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schnüren und hierauf sofort und spätestens bis zum 30. August 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einguzuliefern. Auf im voraus belieferter Marken der Reihe 3 ff. der laufenden Brotreihe wird Mehl nicht zugemessen (siehe Bekanntmachung vom 1. Februar 1923). Der Kommunalverband erwartet im Interesse einer geordneten Geschäftsführung strengste Einhaltung dieser Frist. Auf verspätet eingebrachte Marken kann Mehl ebenfalls nicht zugewiesen werden.

Zu widerhandlungen gegen die Verteilungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.

Großenhain, am 23. August 1923. 1950 L. Der Kommunalverband.

Die Bekanntmachung vom 29. 5. 1923 über Änderung von Art. XII, 1, Abt. 2 der Riesaer Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 27. 10. 1922 erhält eine weitere Änderung. Es betrifft der Mietzins für möbliert vermietete Räume für Monat August 1923 das 830 fache der Friedensmiete.

Darin ist die Vergütung für Bergabe der Möbel und Verdienst enthalten. Bei Herabgabe von Möbeln erhöht sich der Mietzins um das 170 fache der Friedensmiete.

Bezüglich des Mietzinses für leer vermietete Räume verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 24. August 1923.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 25. August, von nachm. 7 Uhr an findet im Bahnhof zum Stern, Beuthain die diesjährige Pflanzenverachtung an hiesige Einwohner statt.

Beuthain, 24. August 1923.  
Der Gemeindevorstand.

Deutschliches und Sachsisches.

Riesa, den 24. August 1923.

\* Stadtfeier im Riesa. — Einweihung des Heimatmuseums (man beachte den morgen erscheinenden "Gräber an der Elbe"). Den Kultus an den Veranstaltungen anlässlich der 300-jährigen Stadtfeier Riesa bilden die morgen am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr stattfindende Einweihung des Heimatmuseums (in der Kaiser- an der Pappestraße), zu der Herr Bürgermeister Dr. Scheider die Weitere sprechen wird. Es darf hierzu alle Bewohner unserer Heimat herzlich eingeladen (besondere Einladung ergeht nicht). Es darf wohl behauptet werden, daß in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit mit großer Ausdauer und viel Liebe eine Fülle von allerlei Dingen zusammengetragen und aufgebaut wurden, die in enger Beziehung zu unserer heimatlichen Schule stehen. Wer zur Einweihung am Freitag verhindert ist, der kann das Museum am Sonntag von 11—12 Uhr besuchen. Schulkinder möchten an beiden Tagen den Geschwistern möglichst nicht den Platz wegnehmen, ihnen wird zur Besichtigung noch besonders Gelegenheit geboten. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, doch werden diejenigen, die zum weiteren Ausbau des Heimatmuseums etwas beitragen können und wollen, Gelegenheit dazu finden.)

Am Anschluß an die Museumsweihe findet von 8 Uhr ab Vergnügungsabend im "Stern" statt. Herr Professor Heinrich wird die Festrede halten.

Aus dem Aufsatz zur Stadtfeier, den wir in Nummer 195 veröffentlicht haben, geht hervor, daß bei der Fülle von Veranstaltungen jeder auf seine Kosten kommen wird. Aus Dresden wird eine größere Zahl von Riesaer Landsleuten am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr eintreffen. Wie vorher, werden diese Gäste mit Wohl abgedeckt werden. Im übrigen hat gestern der Verlauf der Feierlichkeiten begonnen. Sie kosten 100000 Mark und berechnen zum Besuch aller Veranstaltungen. Verkaufsstellen sind die Sparkasse, das Wiederaumamt, die Buchhandlungen von Hoffmann, Müntz und Steinhardt, Sozial- und Kleinkunst, sowie Erwerbslose erhalten dieses Abzeichen kostentlos, jedoch nur im Wiederaum gegen Vorlegung ihrer Ausweiskarte bzw. der letzten Mitteilung über Bewilligung der Unterstüzung. Die Vorstellung kann nunmehr bereits jetzt in der Polizeiwache bestellt werden. Zu den Veranstaltungen sei noch bemerkt, daß das Kindergarten auf dem Albertplatz Sonntag früh bereits um 7 Uhr beginnen. Die sportlichen und turnerischen Veranstaltungen werden einen lebhaft gewährten über den hohen Stand der Körperbildung in Riesa. Besonders Interesse scheint auch das Stadtsparkonzert am Sonntag um 4 Uhr zu begeistern. Mitwirkende: Oldenkapelle, Gesangvereine "Orpheus" und "Ampion", Chorgesangvereine.

Schön ist die Häuser! Die Einwohnerchaft sei auch an dieser Stelle nochmals herzlich gebeten, durch Beifügen der Häuser unserer Heimatstadt ein festliches Bild zu verleihen und dadurch gleichzeitig der Freude und der Hochachtung für die nach der Heimat gekommenen auswärtigen Landsleute und sonstigen Gäste Ausdruck zu geben.

\* Kirche. Nächster Sonntag findet aus Anlaß der Stadtfeier vorm. 9 Uhr Festgottesdienst in der Trinitatiskirche statt. Der Gottesdienst in der Klosterkirche fällt aus.

\* Ein Markenbrot 120000 Mark. Wie aus der heutigen Bekanntmachung des Kommunalverbandes ersichtlich, sind die Preise für Mehl und Brot auch im heutigen Bezirk wiederum beträchtlich erhöht worden. Von Montag, den 27. August ab kostet ein 1900 Gramm schweres Roggenbrot 120000 Mark.

\* Die Gewerkschaften der neuen Steuern. Nach den Voranschlägen des Reichsfinanzministeriums werden aus den neuen Steuergesetzen nach Maßgabe der bisherigen Abgabenfülle folgende Einnahmen erwartet: Alten- und Abgaben 40 Milliarden, Kraftfahrzeugsteuer 15 Milliarden, Einkommensteuer 40 Milliarden, Börsever-

steuer 20 Milliarden, Betriebssteuer von Industrie und Handel 60 Milliarden, Betriebssteuer der Landwirtschaft 108 Milliarden Mark. Man glaubt an amtlicher Stelle, daß, wenn es gelinge, in den nächsten Wochen den erlösten Teil dieser Verträge des Reichskassen zu erfüllen, man von im Verein mit dem Aufkommen aus der Goldbestandsreserve auftreten, eine nachhaltige Erholung für die Finanzlage des Reiches und die weitere Wirkung versprechen dürfte, daß sehr erhebliche Mengen des Papiergeldes, die in letzten Händen sich befinden und durch andere Mittel nicht erfaßt werden könnten, den wirtschaftlichen Aufschwung, für die sie bestimmt sind, wieder zugeführt werden.

Von heute ab neue Postgebühren! Am heutigen Freitag tritt der neue Posttarif im Post- und Postverkehr in Kraft. Postarten kosten im Ortsverkehr 4000 Mark, im Fernverkehr 8000 Mark. Das Briefporto beträgt von heute an im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8000 Mark, über 20 bis 100 Gramm 12000 Mark, über 100 bis 250 Gramm 20000 Mark, über 250 bis 500 Gr. 25000 Mark, im Fernverkehr kostet ein Brief bis 20 Gr. 20000 Mark, bis 100 Gramm 25000 Mark, bis 250 Gr. 30000 Mark, bis 500 Gramm 35000 Mark.

\* Die Buchhändlerschlüsselzahl beträgt seit gestern Donnerstag, den 23. d. M. ab: Eine Million!

\* Notgeld der Reichsbahn. — Notgeld der Oberpostkasse. Die Preissetzelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Bis der bereits verbreitete Nachricht über die Ausgabe von Notgeldscheinen des Reichsbahndirektoriums wird noch ergänzend mitgeteilt, daß außer den Reichsbanknoten auch die Postanstalten zur Annahme dieses Geldes angewiesen sind. Es darf erwartet werden, daß die Notgeldscheine auch im Privatverkehr wie gesetzliche Zahlungsmittel behandelt und überall, besonders von der Geschäftswelt, angenommen werden. — Zur Bindung der Zahlungsmittelnot gibt weiter die Oberpostkasse zu Dresden-W. Notiz des aus, die von ihr auf das Postscheckamt gezogen sind und über 1, 2 und 5 Millionen Mark lauten. Es wird gebeten, diese Scheine, für die vollständige Deckung vorhanden ist, an die Zahlungskasse anzunehmen. Sie werden von allen Postanstalten des Oberpostdirektionsbezirks bei Zahlungen und Räumen wieder angenommen und nach Begebung der Zahlungsmittelnot bar eingelöst. Die Scheine tragen den Postdruckstempel des Postscheckamts in handgeschäftlich gezeichnet.

\* Barfrankierung für Postpakete. Von heute ab, dem Tage des Inkrafttretens der neuen Postgebührenordnung, werden die Freigebühren für die Pakete (auch nach dem Ausland) im allgemeinen nicht mehr durch Freimarken auf den Paketarten, sondern bar zur Postkasse verrechnet. Die Verrechnung durch Freimarken wird nur noch bei kleinen Postanstalten beibehalten, für die sich die Barverrechnung aus besonderen Gründen nicht eignet. Auch die Firmen usw., denen die erweiterte Vorbereitung ihrer Pakete zur Einslieferung bei der Post zugestanden ist, haben die Gebühren, soweit sie diese bisher in Freimarken verrechneten, fünfzig bar zu zahlen. Die Gebührenrichtung durch Lieferstellung oder Scheck bleibt solchen Firmen auch weiterhin gestattet.

\* Ein Landeselterntag veranstaltet der Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsen am 29. und 30. September in Leipzig. Unter den vielen wichtigen schulpolitischen Fragen, die zur Verhandlung stehen, seien mitgeteilt: Schulzwang und Elternrecht; Lehrerrecht; Reichsschulgesetz; die christliche Elternbewegung und die Landeskirche; die christliche Elternbewegung und die politischen Parteien; die christliche Elternbewegung und die neue Gemeindeordnung. In Verbindung mit dieser Tagung findet am 29. September abends im Festsaal des Rathauses eine große öffentliche Fest-Sitzung statt, auf der Führer der christlichen Elternbewegung über "Christliche Schule und Elternrecht", "Christliche Schule und Lehrerrecht", "Schulzweck in Sachsen" und "Reichsschule"

politisch sprechen. Am Sonntag soll in allen Leipziger Kirchen besonderer Gottesdienst gehalten werden.

\* Gröditz. Die Ernährungsfrage ist auch in heutiger Gemeinde schwer zu lösen, denn den vielen Verbrauchern steht eine geringe Zahl Erzeuger gegenüber. Die Gemeinde hat sich beschworen mit den umliegenden Gemeinden in Verbindung gesetzt, um einen sogenannten Wirtschaftsverband zu gründen. Es sollen sodann die in den Gemeinden erzeugten Lebensmittel gleichmäßig unter den Verbrauchern aufgegeben werden. Einige Gemeinden haben schon die Aussage gegeben und auch schon Grenzen gesetzt, die bereits verteilt wurden. Ein Mühlenthaler aus heutiger Gegend, der nicht genannt sein will, hat 100 Krone der Gemeinde gespendet, die an die nothleidende Bevölkerung verteilt wurden.

Großenhain, 50 Jahre Bürger unserer Stadt wurde am 15. August d. J. die Herren Rentner Robert Schüller Neumarkt 5, und Rentnermeister Wilhelm Gottlob Amtsstraße 13. Beide erachteten Bürger-Jubiläum wurde aus Anlaß ihres 50jährigen Bürger-Jubiläums die verschickte Glückwünsche der Stadtverwaltung unter Überreichung einer Urkunde übermittelt.

\* Döbeln. Die Feier zum 50. Jubiläum zu Döbeln hatte sich am letzten Montag zu einer Sitzung versammelt, um ihren Senior, den Feuer- und Berufsmachermutter Gustav Blumenreich zu ehren. Er feierte der Junge seit 40 Jahren an 10 Jahren war es Schriftsteller und 26 Jahre Künstler. Zur Zeit ist er noch Vorsteher der Meisterschiffkommission für das Feuerhandwerk, der er seit seinem Bestehen angehört. Die Jungeleiter überreichten ihm um das Feuerhandwerk verdienten Kollegen eine wertvolle für einen Kleinrentner zeitgemäße Spende. Im Auftrage der Gewerksammer überbrachte Schneiderodermeister Haase ein Ehrendiplom, das er dem Jubilar mit warmherzigen Worten überreichte.

Meißen. Heiter und trübe zugleich blieb am Sonntag der Gang um eine Zeit, der sich fürztlich in den Hammertönen abspielte. An der Seite erhielt am Abend ein Besucher mit einem umjährligen Kordon, der an schindend vorher zum Besuch von Margarete gedient hatte, stellte ihn auf den Kasten und wünschte für seinen stimmlich gewaltigen Inhalt Eintrittskarte für ihn und seine Begleiter. Der Inhalt bestand aus Kastenknöpfen, wohlgearbeitet und gebündelt, hunderten, Tausenden, zwanzigern. Ausnahmsweise wurden die kaum mehr marktgängigen Stein-Massen in Zahlung genommen. Was also noch vor Monaten im Munde der Besammlungsredner als Scherz flang, ist zur bitteren Wahrheit geworden! Das Geld im Rücken, die Ware in der Westentasche!

Meißen. Am Mittwoch September d. J. steht den turnerischen Kreisen in Meißen ein besonderes Ereignis bevor. Es sind nunmehr 50 Jahre vergangen, daß sich eine Anzahl Männer zusammenfand, die in Begeisterung für die Turnfeste den Turnverein "Freiheit Auf" gründete, so daß dieser sein 50-jähriges Bestehen feierlich begeht.

\* Neustadt d. T. Die bisherigen sozialdemokratischen Stadträte, Fabrikdirektor Wagner und Verwaltungsleiter Diermann, haben infolge des bedauerlichen Vorgangs bei den Wohnungsbauhandlungen vor zwei Wochen, bei welchen der erste wörtlich und handgreiflich schwer beleidigt wurde, ohne von seinen Genossen in Schuß genommen worden zu sein, ihreämter niedergelegt. Auch der sozialdemokratische Stadtvorsteher Ganghofer Trantner ist wegen schwerer Krankheit aus der Stadtvertretung ausgeschieden.

\* Geyer i. G. Auf der Geyeler Straße wurden in der Nacht zum Sonnabend, wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung berichtet, mehrere Bürger überfallen. Am Nu waren sie von hinten mit einem lärcherlichen Gehäule und Steinbällen von einem Schwarm Menschen umringt. Von 10 bis 20 Mann wurde jeder einzeln mit Knüppeln und Stockwurzeln beklautlich niedergeschlagen, zum Teil auch an den Haaren auf der Straße herumgeworfen. Die Räuber trugen Gesichtsmasken, auch hatten sie einzelne Schwarz angemalt. Einige Herren trugen schwere Körperverletzungen davon. Beider, über und eine Brusttasche mit 4 Millionen waren verschwunden. An dem Viererfall

blen Mitglieder weiveröffe Dunderkassen beteiligt ge-  
sehen sein.

**C h e m n i c h.** Nachdem im Verlauf des Tages am Mittwoch sich keinerlei Regung zur Fortsetzung der Unruhen bemerkbar machte, zogen es die üblichen unruhigen Elemente, die sich zumeist aus Jugendlichen zusammensetzen, vor, die Nacht wieder zum Schauspiel ihrer Taten zu machen. Die Polizei war gezwungen, in der inneren Stadt verschiedene Straßenseiten abzurücken. Erst gegen 1 Uhr wurde ein Steinbombardement von den an dem Neubau der Dresdner Bank zahlreich umherliegenden Steinen auf die Fenster der Hauptpolizeiwache eröffnet, was zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer gelenkt ließ. Die Polizei war infolgedessen genötigt, mehrfach die Zugänge um Johanniskirche zu räumen. Man kann nicht umhin zu merken, daß sich die angefeindeten Beamten einer großen Langmut befiehligten und nur dann von dem Humoristischen Gebrauch machten, wenn gütlichem Zureden und der Rufforderung, die Strafe freizugeben, keine Folge gegeben wurde. Selbst um 12 Uhr hatte sich die Menge noch nicht verlaufen und verlor sich immer wieder Attakten auf die Polizei, so daß diese immer wieder von neuem gezwungen war, vorszugehen.

**S t e r z e r g.** Der Wils- und Beerenreichtum im südlichen Erzgebirge ist dieses Jahr im Gegenzah zu anderen Regionen besonders groß. Schonweise kommen die Sammler aus den niederen Orten hierher, um besonders heidelbeeren einzutragen, die in allen Wäldern in reichen Mengen zu finden sind. Seitens von Beeren bleiben ungezählt. Auch die Preiselbeeren haben gut angelegt und zeigen voraussichtlich Ende dieses Monats der Reihe entgegen. Für Sommerfrüchte sind in der letzten Zeit Ernteschwierigkeiten eingetreten.

**B r i c k a u.** Die kommunistischen Stadtverordneten beantragten, jedem städtischen Arbeiter (über 800 Mann) 15 Millionen Mark Wirtschaftshilfe zu gewähren. Die Stadtverordneten lehnten diesen Antrag ab. Es wurde festgestellt, daß die städtischen Arbeiter bereits etwa 500 000 Mark Stundenlohn erhalten und in der letzten Woche an Lohn und Nachzahlungen je 35–40 Millionen Mark ausbezahlt erhalten hatten.

**M a r k s u t t r i c h n.** Hier wurde ein junger Mann aus Berlin festgenommen, der für 100 Millionen Mark Waren gestohlen hatte.

**G l a u c h a u.** Hier wollte eine mit verschleidem Ge-  
säck und einem kleinen Kind verkleidete Frau in den Zug einsteigen. Vor der Wagentür war ihr eine freundliche Frau beim Einsteigen behilflich, sie nahm ihr einen Handkorb ab, um ihr das Wageneinsteigen zu erleichtern. Als die Frau das Kind in den Wagen gebracht hatte, war die hilfsbereite Person unter Mitnahme des Handkorbs mit Wäsche, Milchflasche und Kleidungsstück für das kleine schreiende Kind verschwunden.

**W e r d a u.** Wegen Urkundenfälschung und Veran-  
gabung eines gefälschten Notgeldscheins von einer Million Mark ist ein hier beschäftigter Lehrling aus einem Nachbarort zur Anzeige gekommen. Dem Leichtfertigen war es gelungen, den Schein an seiner Arbeitsstätte zu entwenden. Er hat ihn dann mit den Unterschriften verdeckt und in Bahnung gegeben. Den Betrag hat das Bürgerschen verlangt.

**V o c k a u.** Ein bösiger Landwirt ließ von seinen Kindern die geschlossene Bahnbrücke öffnen und fuhr mit seinem Wagen, vor dem eine Kuh gespannt war, über die Schienen. Dabei wurde das Gefährt vom Chemnitzer Zug erfaßt und eine Strecke weit schleift. Der Wagen ging in Trümmer und die schwer verlegte Kuh mußte sofort abgestochen werden, während der Landwirt und seine Kinder mit dem Schrecken davonkamen.

**B o r c h a u.** Nach einer Bauarbeiterversammlung holten kommunistische Bauarbeiter zwei bösige Baumeister wegen nicht bewilligter Wohnförderung unter Gewaltanwendung aus ihrer Wohnung und zwangen sie, die rote Fabne zu tragen. Ein dazwischen treter Diplomingenieur erhielt einige kräftige Püffe und wurde ebenfalls zum Mitgehen gezwungen. Der sozialistische Ordnungsdienst machte dem unvorsichtigen Schauspiel ein Ende.

## Gerichtsaal.

Ein Sittlichkeitsschrein, das der am 26. Sept. 1874 in Niedewisch geborene, schon oft vorbestrafte Transportarbeiter Hermann Friedemann Spivat in Chemnitz gegenüber der eigenen 20-jährigen Tochter verübte, belästigte das Schwurgericht Chemnitz in seiner Sitzung vom 22. August. Wegen Verjährung der Sittlichkeit stand die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dem Angeklagten wurden mildere Umstände zugestanden. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenurkunde.

## Die Nullensieche.

### Dresdner Brief.

Na, da wären wir ja glücklich so weit, wie es das siebzehn fach uns vorgezeigt hat, wir sitzen auf Millionen! Aber das Hochgefühl, daß manches Herz durchströmte, als die wöchentlichen oder monatlichen Zahlungen in Tausendmarkstücken erfolgten, — in Tausendmarkstücken, die bisher schon Reichtum bedeuteten, — ist nun, wo Millionen durch die Hände fließen, einer beträchtlichen Ernüchterung gewichen. Denn am Ende wertet ja doch das Geld nicht nach der Anzahl von aufgedruckten Nullen, sondern nach dem, was man dafür bekommt. Da ist die liebe Frau Petermann aus ihrem Heimathause nach Dresden gekommen. Ihre Geldtasche steht voll Scheine, sie führt sich durchdröhrt reich und meint, wundert was dafür erstehen zu können. Sie ist ja das Kaufmen nicht gewöhnt, ihr Garten, die Hühner, eine Biegte und etliche Kaninchenfamilien liefern prompt, was sie zum Leben braucht. Nun steht sie vor dem Kaufladen und zählt die Nullen! Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, dann eine Zahl davor; denn klug, wie sie ist, hat sie von hinten zu zählen angefangen. Vor dem nächsten Laden ist es noch schlimmer. Nullen, nichts als Nullen! — Nein, so weit hat sie sich nicht versteigert, diese Krempe geht über ihre Rechnungsfähigkeit! — Refixiert steht sie nach einigen kleinen Einfällen, wie Scheine dahinschwinden. Aber der Magen verlangt auch sein Recht, und, beschlossen, wie sie geboren ist, faust sie sich einen Käse, 100.000 Mark! Ist das möglich? Eine Tonne! 12.000 Mark! Die gute Frau verzerrt fast das Bewußtsein. Die Nullen tanzen vor ihren Augen, sie ist froh, endlich wieder zu den nullenlosen Kaninchen, Ziegen und Hühnern zu gelangen.

Da steht vor einem Altwarengeschäft ein listig dreinschauender Mann und verhandelt mit einem Jungen, der ihm irgendeinen Weg gehen soll. Wie weiland der Erlöser suchte er den nur wenig willigen Burschen für seinen Zweck zu gewinnen. Endlich ruft er: „Na, wird ich Dir geben! 100 Millionen, wenn Du gehst!“ Ob der Junge wohl gegangen ist? Ich weiß es nicht. —

Zwei „Fipschen“ stehen vor dem Warenhaus. Die Hütte und Mantel, welche Mode, werden gehörig befaunt. „Nur 20 Millionen!“ lädt das eine der Mädchen. „Das ist wirklich nicht teuer!“ probt die andere mit sachverständiger Worte. „Was ist auch heute eine Million?“

Törichte Kinder! Eurer Zeit, wie sind Euch die Nullen zehn, zehntausend, zehntausend, zehntausend, zehntausend,

**Heutiger Dollarkurs (amtlich): 4711750 Mk.**

**Vertragsmeldung, ohne Gewähr.**

## Für das Deutschtum in den besetzten Gebieten.

Die nunmehr großzügig in die Wege geleitete steuerliche Stützung des goldenmütigen Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr kommt spät, aber nicht zu spät. Denn der Opfergeist der Bevölkerung im besetzten Gebiet ist, entgegen aller vaterländischen Erwartungen, ungemein stark auf den passiven Widerstand eingestellt. Trotz aller unschönen Schikanen und Befehlen seitens der Schergen Poincarés!

Dafür spricht auch folgender Auszug aus einem Briefe, der kürzlich von einer deutschen Familienmutter aus dem besetzten linksrheinischen Gebiete herausgekommen ist. Die Bekennisse dieses Briefes haben so eindringlicher Werbewirkung, als die Briefbeschreiberin rein privat, ohne den Gedanken an die Öffentlichkeit, ihr Herz erleschen wollte. Sie schreibt u. a.:

„Was wir hier von den Franzosen leiden und wie unser deutsches Herz mit Füßen getreten wird, davon habt Ihr da drüben gar keine Ahnung! Kannst Du Dir denken, daß schon Monate lang jeglicher Eisenbahnverkehr bei uns ruht? Die Schienen sind eiserosiet. Die Franzosen haben seit Wochen einen blärrigen Verkehr aufgenommen, aber ein halbwegs anständiger Mensch bemüht doch keinen Zug davon. Auch der Autoverkehr ist verboten, freilichweise sogar der Motorradverkehr. Von den Auswirkungen macht Ihr Euch keinen Begriff. Wir haben hier in der Stadt kleinen Amtsdirektor mehr, der Schulinspektor, viele, viele Beamte, u. a. auch die Gesangverein und Eisenbahner sind ausgewiesen. Die Männer werden sofort mit dem Auto fortgeschafft, und die Familien erhalten höchstens vier Tage Zeit für den Umzug und zur Radreise. Unter Beigeordneter ist schon monates lang. Warum? Wir wissen es nicht! Wir leiden entzündlich im besetzten Gebiet! Die Teuerung ist auch ungeheure! Unter Postverkehr wurde zeitweise durch Staffettelauf nördlich aufrecht erhalten. Und zu alledem hören wir immer wieder, drüben bei Euch habe man kein Verständnis für unsere Sorgen und unsere armen Ausgewiesenen würden scheel angesehen!... Das ist doch unwahr?“

Diese aus einem Privatbrief entnommenen Zeilen beleuchten eindringlich die furchtbaren Rüte, die materiell und seelisch auf dem Deutschtum in den besetzten Gebieten lasten. Der Brief stammt aus einer mittleren Stadt, über die selten Meldungen aus der Leibenschronik der Besetzung in der deutschen Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Wenn also schon in diesem mit dem von Greueln überlasteten Stuhrevier nicht auf gleicher Leidensstufe zu stellenden Gebiete der seelische Druck, der die Deutschen belästigt, so groß ist, wie aus den mitgeteilten Zeilen hervorgeht, so kann man hierauf auch wieder auf die unerhörten Unmuthungen schließen, denen die Ruhrbevölkerung ausgesetzt ist!

Größter Beachtung wert ist der Schluszbrief. Aus ihm spricht die furchtbare Gefahr,

das Deutschtum in den besetzten Gebieten infolge Abschürfung vom übrigen Deutschland und infolge der dadurch erleichterten Einfüllungen französischer Lügen zwecks Erzeugung von Reichsmüdigkeit ausgezogen ist. Die Schreiberin des Briefes ist eine von Vaterlandsliebe begeisterte Dame, aber man merkt dem Schluszbau ihres Briefes an, wie man sich dort „drüben“ qualt bei der Vorstellung. Mutter Germania könnte ihrer treuesten Kinder vergessen! Deshalb kann nicht oft genug und nicht kräftig genug vom unbesetzten Deutschland aus in Wort und Tat die teilnehmende Liebe für unsere Brüder in den besetzten Gebieten beigelegt werden. Mitgefühl, Verständnis, Anerkennung in Wort und Tat, das braucht das Märtyrerwerk der Deutschen im besetzten Gebiet, aber keine Berichte, die an sich gutgläubig verfaßt sein können, aber nicht das hervorheben, was zur Sichtung des deutschen Übermutes nötig ist!

Größter Beachtung wert ist der Schluszbau,

aus dem Spricht die furchtbare Gefahr,

die Grindelkraft für Stückgut. Die Grundkarten (Sak für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht)

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Grindelkraft für die Warenabfuhr beträgt 10 Pf. für 1 Kilogramm und 10 Pf. für 1 Kilometer. Die Säcke für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

## Die Verhandlungen

### im Zwischenausschuß des Reichstags.

Der Zwischenausschuß des Reichstags verhandelt am Donnerstag über Wirtschaftsangelegenheiten und besonders eingehend über die Frage neuer Staatsfinanzen. Die Regierungsvorlage über Auslandserlöse mit dem früheren Königshaus soll bei Wiederaufzulandung des Reichstages erneut behandelt werden. Wegen einer einmaligen Wirtschaftshilfe an Österreich hat die Reichsregierung ein Schreiben an die Reichsregierung gerichtet auf Gewährung einer Gesamtsumme von 800 Millionen Mark für Sachsen, dem der Auslandshilfe mit Sicherheit entspricht. Das Gewerbeaufgebot soll in verschiedener Beziehung geändert werden. Der Auslandshilfe soll sich mit einem Teil einer Notverordnung über die Steuerauszahlungen einverstanden erklären. Die weiteren Verhandlungspunkte betrifft vorwiegend innere Angelegenheiten, die zu einer Aussprache keinen Anlaß geben. Von der kommunistischen Fraktion wurde die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt. Hierüber sollen die einzelnen Fraktionen erst gehört werden und die endgültige Entscheidung in einer weiteren Sitzung des Zwischenausschusses gefestigt werden.

## Berbeitendige Tarife bei der Eisenbahn.

Vom 1. September d. J. ab werden vorläufig berbeitendige Perlon-, Gepäck- und Expressguttarife eingeführt. d. h. die Fahrpreise und Frachtpreise werden in Grundpreisen ausgedrückt, die verdeckt mit einer jeweils definierten Gültigkeitszeit eine Schlüsselzahl den Erhebungsbetrag ergeben.

Die Grundpreise für 1 Kilometer Öl- oder Perlonen-

zug werden festgesetzt:

für 1. Klasse auf 19,8 Pfennig

2. " " 9,9 "

3. " " 3,3 "

4. " " 2,2 "

" Militär " 1,0 "

Die sich hierauf ergebenden Grundpreise werden bis 10 M. auf 10 Pf., über 10 M. bis 40 M. auf 20 Pf. und darüber hinaus auf volle Mark abgerundet.

Der Mindestfahrpreis beträgt in der 1. Klasse 1,80 M., in 2. Klasse 0,90 M., in 3. Klasse 0,30 M., in 4. Klasse und für Militär 0,20 M.

Der Grundpreis der Schnellzugsausfahrtkarten beträgt in

1. Klasse 1. Klasse 2. Klasse 3. Klasse

die Zone I (1–75 km) 8,00 M. 1,50 M. 0,50 M.

" II (76–150 " ) 6,00 " 8,00 " 1,00 "

" III (über 150 " ) 9,00 " 4,50 " 1,50 "

Der Preis der Monatskarten wird nach 20 Einzel-

fahten, der der Schülermonatskarten nach 10 und der der

Wochenkarten nach 5 Einzelfahrten ohne nochmalige Aufrundung berechnet. Der Preis der Kurzarbeiterwochenkarten

wird erforderlichstens auf volle 10 und 20 Pf. aufgerundet.

Die Bettfahrtkarten werden bis auf weiteres nicht in Grundpreisen ausgedrückt, sondern wie bisher nach dem Erhebungsbetrag bestimmtgegeben.

Die Gepäckfracht für 10 Kilogramm und 1 Kilometer beträgt 0,85 Pf. Die Säcke für 10 Kilogramm werden wie die gewöhnlichen Fahrpreise auf 10 und 20 Pf. aufrundet. Der für die einzelne Entfernung festgelegte Sak für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht er-

Die Gepäckfracht wie die Güterfrachten aufzurunden, da für das Gepäckgrundfracht. Diese Gepäckgrundfracht wird nicht nochmals aufrundet. Die Mindestgrundfracht für Gepäck beträgt 60 Pf. Die einzigen Fahrradabfuhrabrechnungen schließen, dafür die Wagenfahrer das 5-fache der tarifmäßigen Aufbewahrung abzuzahlen.

Die Gepäckfracht entspricht wie bisher dem um 60 v. H. erhöhten Gepäcktarif. Die Mindestfracht für gleichartige Güterfrachten ist gleich der Mindestfracht für Stückgut. Die Grundfrachten (Sak für 10 Kilogramm verbißt mit dem Gewicht) sind im Expressgrundfracht wie die Güterfrachten aufzurunden, da für das Expressfracht die Umrechnungstafeln für den Güterverkehr zu verwenden sind. Die in den Perlonen- und Gepäcktarifen Teil I und 2 enthaltenen Gebühren werden ebenfalls auf Grundpreisen aufzurunden, die jeweils mit denselben Schlüsselzahlen wie die Fahrpreise zu verbißten sind.

Im Aufdruck der Fahrtkarten des gewöhnlichen Verkehrs tritt vorläufig eine Runderzung nicht ein. Nur die in den Schalterdruckmaschinen hergestellten Karten erhalten absohd die Grundpreise. Die geschriebenen Karten erhalten wie bisher außer der Kilometerzahl den wirklichen Erhebungsbetrag. Überall wird dieser in den Gepäckchein und Gepäckfarten eingetragen. — Für die Beförderung von Perlonen-, Gepäck- und Expressfrachten werden Grundpreis-

tafeln hergestellt, ebenso ein Anhang für das Publikum, der die Perlonenfahrtk



## Sparen können und sparen wollen.

Wenn man sich in den Kreisen, welche früher zu sparen pflegten, umhören, wie die Dinge denn heute ständen, erhält man meist zwei verschiedene Antworten. Die einen sagten: Bei dem heutigen bestehenden Wirtschaftszustand zwischen Leben und Preisen ist es ganz unmöglich, Beiträge zurückzulegen. — Die anderen sagten: Heute und aus absehbarer Zeit lohnt es sich nicht, zu sparen, da der heutige Bericht auf Genuß nicht die Sicherung eines gleichwertigen Genußes in der Zukunft bedeutet. Selbst wer der Meinung ist, daß Sparen in erster Linie die Bedeutung eines ethischen Triebes hat, wird den beiden Einwänden einen großen Grad von Rechtfertigung nicht verleugnen können. Die wichtigste Voraussetzung für das Sparen ist allerdings der Willen, sein Leben in der Gegenwart beiderseits einzurichten, um in späteren Zeiten nicht der öffentlichen Mildtätigkeit zur Last zu fallen. Allzulangsam haben ansonstige Vermögensiel Gehälter und Söhne erparat, die andere, anspruchsvollere Familien für unausstumlich gehalten haben.

Die große Gefahr für unsere politische und kulturelle Zukunft, daß die lebende deutsche Generation das Nationalvermögen aufzehren werde, hat vielen ernsten Politikern und Volksfreunden schwere Sorge bereitet. Wenn das durchschüttelte Arbeitslosenproblem sinkt und für die vom Munde abgesetzten Rücklagen nicht einmal Werthaltigkeit gesichert ist, so muß selbst in vielen Generationen verechter Spartrieb erlahmen. Was noch von Sparlust und Sparmöglichkeit im deutschen Volke übrig blieb, wandte sich der Sachwertmenscherei und dem Ausammeln von Edelmetall- und Auslandssachen zu. Solche Art des "Sparens" war teils wirtschaftlich schädlich, teils moralisch unrichtig, teils geradezu gefährlich verbreitet. Vor der werthaltigen Anlagemöglichkeit fliehen. Alles, was auf dem Markt veräußert werden kann, war für gewissenlose Menschen wertvoller Sparen nur unter erschwerten Gewissenloskeiten möglich. Es ist vom wirtschaftlichen wie vom moralischen Standpunkt aus höchste Zeit gewesen, daß sich das Reich als höchste Zusammenfassung aller Deutschen um die Wiederherstellung des Spartriebes und um seine Verbreitung von den bisherigen Schläden bemühte.

Die werthaltige Reichsanleihe, die am 15. August zur Belebung aufgelegt worden ist, gestattet jedem Sparer, sich ein für allemal den Vorrat seiner Ersparnisse für Einschaltungstage zu sichern. Durch Stufelung der Anleihe in kleinste Teile wird zum Gegenwert von 1 Dollar herab) wird selbst dem ungelernten Arbeiter und dem untern Beamten Gelegenheit geboten, Teile seines Arbeits verdienstes zurückzulegen und für die Zukunft bereitzuhalten, ohne daß der Wert der Ersparnisse im Laufe der Monate und Jahre in ein Nichts zusammenkrümpt. Für das Reich bedeutet der Ertrag der werthaltigen Anleihe ein wichtiges Mittel zur Errettung unseres Volkes aus der schweren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Not. Der deutsche Volkskörper, der so schwere Kunden empfangen hat, muss auch sich leicht heraus gelunden. Genau so wie sich bei einer körperlichen Kunde der Schorf bildet und die Heilung herauftreibt, genauso muß sich an dem deutschen Volkskörper heraus der wirtschaftliche und finanzielle Heilprozeß ergeben. Wirklich todtraum und zum Sterben verurteilt ist nur der Körper, der nicht mehr ausreichende Heilkräfte absondern vermag. — Die werthaltige Reichsanleihe ist ebenso wichtig für den einzelnen Sparer wie für die Gesamtheit unseres Volkes!

## Turac, Sport und Spiel.

Verein für Bewegungsspiele Riesa - Gräba e. V. Am Sonnabend mittag hat die 1. Elf eine Einladung nach Leipzig erhalten. Sie spielt dort gegen die 1. Elf vom Sportverein "Helios" Leipzig. Diese Mannschaft hat sich hier in Riesa auf eingefunden und verfügt auch jetzt noch über gute Kräfte. Die Blau-Weissen werden bemüht sein, um ein gutes Resultat mit nach Hause zu bringen. — Jugendausflug. Am Sonntag nachmittag ist die 1. Jugend zum Gesellschaftsspiel auf dem Schwarzen Platz eingeladen und spielt dort gegen ihren Erkraniken ASV. 1. Jugend. Infolge der Stadtfeier sollen beide Jugenden ein so-

## Wohnungsausch!

Schöne sonnige 4-Zimmer-Wohnung, 2. Etage, gegen größere & tauschen gesucht. Offeren erb. unter Z. B. 691 an das Tageblatt Riesa.

**Solides einfache Fräulein**  
25 J., sucht Beschäftigung gleich welcher Art.

Angebote unter Z. B. 692 an das Tageblatt Riesa. Jung, Schneiderfräulein ist dauernd gesucht.

Frisch Schäfer,  
Metzgerstraße 32.

**Tüchtiges Schreibmaschinenfräulein**

für sofort oder später gesucht. Dössiger Maschinenfabrik Otto Biela.

**Zwei Schuhmachergehilfen**  
auf Herren- und Damen-  
scholen gesucht.

Kurt Müller,  
Reinickendorf.

Suche sofort einen älteren  
gewöhnlich-unabhängigen

**Arbeiter.**

Julius Ehlers,  
Rohproduktionshandlung,  
Neuwieda.

Perfekter

**Buchhalter**

(in) f. doppelte ital. Buch-  
führung für sofort oder  
später für bestiges Fabrik-  
kontor gesucht. Angeb. u.  
Z. B. 689 an Tageblatt Riesa.

Guterh. Chaiselongue  
und Bettstelle

preiswert zu verkaufen.  
Rohberg, Hafermarkt 22, 2.

1. Kl. Sportliegewagen in  
Plane, guterh. zu verkaufen.

Gant. Schulstr. 19.

## Kirchennachrichten.

13. Trinitatissonntag 1928.

Nicla. Dr.-A.: 8 Uhr Schwer. (G. L. B. Nov. (Dr.), 9 Uhr Dr. ab. Jet. 22. (B.). Mo. Großmutter. Mi. 8 Uhr Bibel. (B.). Paulus. Erntedankfest. 8 Uhr Predigt. 1 Uhr Kinderberg. Weida. Erntedankfestgottesdienst vorm. 8 Uhr. Festgottesdienst. Gräba. 9 Uhr Dr. (Stempel). 11 Uhr. (B. 2). 1. Gräba. Merzdorf. 10 Uhr Predigtgottesdienst (Pfarrei Gubertien, Glaubitz). Mittw. Jungl. Dom. Vorbereitung. Zeithain. 8 Uhr vorm. Gottesdienst, 10 Uhr Gottesdienst im Lager, anschl. Taufen (Pf. Rüsing).

Koth. St. Barbara-Kapelle, Plessingstr. 9. Nur 1/2 Uhr Feiernfeier. 9 Uhr Hochamt und segen. Montag und Sonnabend hl. Messi um 1/2 Uhr, sonst keine.

**Erstklassige Ziegelbaubraunkohle**  
sparamer als Brilets  
für Hausbrand und Industrie

(mit Wirkung ab 20. August)  
Siebtable I . . . . . 381000,- per Btr.  
Siebtable II . . . . . 358000,-  
Förderable . . . . . 284000,-  
Grieckable . . . . . 158000,-

alles ab Grube kann in jeder Menge ohne Kohlenscheine abgeholt werden von

**Braunkohlengrube „Bogelsfreude“**  
b. Rothstein, Kreis Liebenwerda  
Fernstr.: Amt Tröbitz Nr. 7.



Zur Erinnerung an die 300jährige

## Stadtfeier Riesa

am Sonnabend, den 25. und So in-  
tag, den 26. August 1928 werden  
zahlreiche Interessenten

**die Sonnabend-**

**und die Montag-Ausgabe**

**vom Riesener Tageblatt**

besonders zu kaufen wünschen.  
Mit Rücksicht auf die Druckpapiere  
beschrankung können sich nur Voraus-  
besteller die genannten Tageblatt-  
Stücke sichern. Für die Sonnabend-  
ausgabe müssen Bestellungen bis

spätestens Sonnabend mittag und  
für die Montagausgabe bis Montag  
mittag in der Tageblatt-Geschäfts-  
stelle, Goethestraße 59 vorliegen.

**Anzeigen** in diesen höchst wichtigen  
Tagesausgaben werden ganz beson-  
dere Beachtung finden und es sei  
deshalb die Benutzung des Anzeigen-  
teiles bestens empfohlen. — Wer-  
tägliche Anzeigen. Annahme von  
früh 8 bis nach 6 Uhr in der  
Tageblatt-Geschäftsstelle Goethe-  
straße 59. — Räumliche Anzeigen kostenfrei.

**Das Goldjubiläumseis.** Für die Zeit vom 20. bis einschließlich 31. August beträgt das Goldjubiläumseis 87 180 000.

Zur Großhandelsindustrie meldet WTB: Am An-  
schluß an die außerordentliche Steigerung der Devisenkurse  
in der Vorwoche ist die Großhandelsindustrie in der Zeit  
vom 14. bis 21. August nach den Berechnungen des Statisti-  
schen Reichsamtes um 88 v. H. auf das 1 240 598 fache  
des Friedensstandes eingewachsen. Gleichzeitig stieg der  
Dollar in Berlin von 3 Millionen Mark auf 50 Millionen  
Mark oder um 88 v. H., sodass das Goldniveau der  
Großhandelsküste eine abermalige Aufwertung und zwar  
von 92,9 v. H. Gold am 14. August auf 95,1 v. H. Gold  
am 21. August erfuhr. Von den Hauptgruppen stiegen die  
Lebensmittel (im Großhandel) von dem 422 356 fachen auf  
auf das 818 826 fache oder um 94 v. H. die Industriestoffe  
von dem 1 115 425 fachen auf das 2 046 345 fache oder um  
88 v. H., ferner die Inlandswaren von dem 630 102 fachen  
auf das 1 180 857 fache oder um 87 v. H. und die Einfuhr-  
waren von dem 882 770 fachen auf das 1 575 299 fache  
oder um 89 v. H.

**Teuerungsstiffer für Obstbau.** Wie die Geschäftsstelle  
des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau mit-  
teilt, beträgt die Teuerungsstiffer für Obstbau, festgestellt  
für den 17. August, 148 000. Mit dieser Teuerungsstiffer  
ist ein Grundpreis zu versteuern, der wesentlich (100 bis  
200%) über Friedenspreis liegt und je nach den örtlichen  
Verhältnissen, Grünzeugarten usw. festzustellen ist. Der fe-  
rige Preis gilt als Mindestpreis für Mittelqualität im  
Großhandel. Hochwertige Produkte sind entsprechend  
teurer, wobei zu beachten ist, daß die Größe dieses Jahr  
verspätet eintreift. Nachträgliche Verschiebungen sind zu  
berücksichtigen.

## Aus der Musikwelt.

Um unserer doch so schweren und ernsten Zeit wird es  
hoffentlich jeder begrüßen, wenn ihm die Gelegenheit ge-  
boten wird, einmal einen guten — bei Gelegenheit aber  
auch mal einen schlechten — Bild zu können; er soll  
ja nur dazu beitragen, wenigstens für Augenblicke, den  
Geist der Zeit vergeßen zu lassen. So bringt die Zeitschrift  
für Musik im 12. Heft des 90. Jahrgangs folgendes aus  
Professor Kalauers Musiklexikon, verfaßt von Osmann in  
Berlin.

Osmanns Briefkasten.

**Brahmsverehrerin in Wien.** Daß sich nach den Brahms-  
schen Sinfonien nicht so gut tanzen läßt wie nach seinen  
Walzern, ist uns auch schon aufgefallen.

**Novorechnen schwach** in B. Wenn Ihnen das Aus-  
halten des Danzen so schwer fällt, so legen Sie Ihre Geige  
hin und geben unter die Saiten. Für diese sind die Deutschen  
oft leichter auszuhalten als die dazwischenliegende Musik.

**Debentümmer in L.** Wie verziehen vollkommen, daß  
Sie nach Abhörung mehrerer Konzerte die neuester  
Mäzene ausdrängen möchten. Dennoch empfehlen wir  
Ihnen, es nach dem Stile Heinrich Grünfelds erst dann zu  
tun, wenn alle Stricke reihen". Es ist sonst gefundens-  
schädlich.

**Musikvorlage B.-t.** in Dresden. Daß die Ober-  
würmer sehr musikalisch sind, ist bekannt. Dazu verpflichtet  
sie schon ihr Name. Neu ist uns aber, was Sie über die  
Entstehung und die sehr merkwürdige musikalische Eigen-  
art der Oberwürmer ermittelt haben wollen. Danach  
wären diese also nichts anderes als Oberwürmer, die ein b  
vor dem Ohr haben und deshalb alles einen halben Ton  
zu tief hören. Das erinnert an jenes Abenteuer eines  
Gelangweilten, der vor einem berühmten Chorobernchor  
sang und mit erkennen demerkte, daß sie alle einen  
halben Ton zu hoch zurückgeworfen würden. Die Sache er-  
klärt sich einfach dadurch, daß auf jenem Berge ein Kreuz  
stand.

**Junge Verehrerin von d'Albert.** Nein, dem war  
nicht immer so. Wenn Sie sich ein Bild des großen  
Künstlers aus seinen jüngeren Jahren verschaffen, da er  
noch in voller Lodenpracht prangte, so werden Sie sehen,  
daß er seine bis in den Nacken reichende Denkerkette erst  
im Laufe des Jahres bekommen hat.

G. S.

Wer erteilt ja Kaufmann

**Unterricht in Englisch?**

Werke übersetzen erf. unt.

Z. P. 690 an Tagebl. Riesa.

1800 an engl. Schiefer

zu verkaufen.

Arch. G. Diez,

Riesa, Tel. 112.

**Hühnerhaus**

und gebr. Hinterladen od.  
Rostenwagen, wenn auch  
reparaturbedarflos, g. lauf.  
geknüpft. Seidel,

Weinher Straße 1.

**Gasthof Leutewitz.**

Sonntag: Erntefestball

**Gasthof Jahnishausen.**

Sonntag, den 26. August

**Erntefest und Ball**

wogu ergeben einlädt  
Gram. Wetten

**Gasthof Glaubitz.**

Sonntag von 6 Uhr ab

**Ballmusik**

**Gasthof Wölfnitz.**

Sonntag, den 26. August

zum Erntefest

**feiner Ball.**

f. Kaffee und Kuchen.

Geckli. Wine und Biere

Hierzu laden freundl. ein

Friedrich Eckert u. Frau

**Gasthof Lichtensee**

Sonntag Erntefest und

**Ballmusik**

**Gasthof Boritz.**

Sonntag Ballmusik.

**Gasthof Stößitz.**

Sonntag, 26.8., ab 1/2 Uhr

**öffentl. Ballmusik**

Gelebterg. ein J. Möller

**Berksammlung**

Sonntag, d. 26.8., vorm

9 Uhr im Volkshaus

zwecks Gelöbnerpachtung.

Johann Schneider.

**F. R.**

Nächster Sonntag mittag

1/2 Uhr Stellen am Gerde-

haus. Tschublaue. D. C.

Die heutige Nr. umfaßt

4 Seiten.

## Stadtfeier am 25. u. 26. August

## Echo der französischen Antwort.

Die englische Presse lehnt ab.

**L**ondon. Evening Standard zufolge verlautet, daß der Premierminister heute mit den in London anwesenden Ministern die französische Antwortnote befürwortet. Wahrscheinlich werde sowohl Baldwin wie auch Lord Curzon in Paris mit Poincaré zusammenkommen, um die Zweckdienlichkeit einer formalen Konferenz zu erörtern. Eine ins einzelne gehende Antwort auf die Note des französischen Ministerpräsidenten werde, wenn sie überhaupt erfolge, nicht erwartet, bevor Baldwin nach London zurückkehrt sei. Heute zufolge sei bisher keine Entscheidung darüber getroffen worden, ob eine Zusammenkunft des Premierministers Großbritanniens und Frankreichs stattfinden soll, wenn Baldwin durch Paris komme. Erst nach gründlicher Prüfung der französischen Dokumente werde es möglich sein, zu bestimmen, ob die Note überhaupt eine Aenderung der bisherigen Haltung Frankreichs darstelle. In verantwortlichen Kreisen sei man der Ansicht, daß die belgische Note vielleicht neue und wichtige Vorschläge enthalten werde, die dazu diptrogen könnten, die Lage zu erleichtern und zu klären.

"Westminster Gazette" schreibt, Poincarés Antwort zeige England und Frankreich einen Übereinkommen näher, sie diene im Gegenteil nur dazu, zu zeigen, wie unmöglich es sei, die britische Politik gegenüber Deutschland mit der von der französischen Regierung verfolgten Politik zu vereinigen. Poincaré stelle dauernd jede Absicht einer Annexion oder einer dauernden Besetzung des Ruhrgebietes in Abrede und würde den Charakter der Besetzung ändern, wenn der passive Widerstand aufhören würde. Aber die Räumung würde nur stattfinden im Verhältnis zum Eingang der Zahlungen. Dies mache Poincarés Verschleistung annexionistischer Absichten fast bedeutungslos. Es sei schwer, eine Beziehung als zeitweilig anzusehen, die solange dauern soll, bis unmögliche Summen bezahlt seien unter Bedingungen, die die Bezahlung irgend welcher Summen so gut wie ausschließen. "Westminster Gazette" sagt, die letzte Note Poincarés legt der britischen Regierung die Pflicht auf, nicht nur der Möglichkeit, sondern auch der Notwendigkeit jener "Separation" näherzutreten. Weitere Erörterungen könnten nur den britischen Standpunkt schwächen und die Regelung verzögern, die schließlich durch eine andere Methode erreicht werden könnte. Die Regierung müsse sich daher jetzt darauf konzentrieren, was zu tun sei. Eine prompte Antwort auf die deutsche Note sei notwendig. Die Zweckdienlichkeit der Aufrechterhaltung der britischen Garnison in Köln unter Umständen, die derartig von denen verschieden sind, unter denen sie ursprünglich dorthin gelegt wurde, würde sorgfältig erwogen werden müssen. England müsse sich jetzt an die Spize aller der Kräfte stellen, die den Wunsch haben, daß Europa wiederhergestellt werde. Dadurch würde England einen Schritt tun im Interesse aller neutralen Nationen, die unter der Ruhrpolitik Frankreichs leiden und die alle von England eine feste Führung erwarten.

"Daily Chronicle" hebt hervor, daß Poincaré rhetorisch fast mehr an seine französischen Kritiker als an die britische Regierung wende. Poincaré sei bestrebt, mit England nicht zu brechen. Er sei bestrebt über den Misserfolg seiner Ruhrpolitik und würde froh sein, durch irgend ein Mittel sein Gesicht zu wahren. "Daily Chronicle" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die britische Regierung sich nicht in endlose Erörterungen ziehen lassen werde. Dieser Meinungsgutachten hätte bestanden müssen, bevor Frankreich ins Ruhrgebiet eingedrungen sei und nicht jetzt. Nachdem Frankreich nun einmal diesen Weg eingeschlagen habe, müßte es sich entweder sofort mit England einigen, oder England müßte sich sofort von ihm trennen.

Auch "Daily News" erklärt, die Note Poincarés bringe die Frage einer Lösung des Reparationsproblems nicht näher. Die unshuldigen Betonungen Poincarés bezüglich der politischen und annexionistischen Ziele im Ruhrgebiet mögen keinen Eindruck. Die Logik der Tatsachen machen seine Aussagen werulos. Wenn Poincaré erkläre, Frankreich werde im Ruhrgebiet bleiben bis nach der vollständigen Bezahlung der Reparationen, so bedeute dies in den Augen der britischen Nation, daß die Ruhrbesetzung unbedingt, wenn nicht dauernd ausgedehnt wird."

"Daily Herald" schreibt, Poincarés Note beweise über alle Zweifel, daß die französische Regierung ihren Standpunkt und ihre Politik nicht verändere. Das gemeinsame Interesse der Arbeiterschaft verlange, daß die Unterwerfung Deutschlands unter den französischen Imperialismus verhindert werde.

In einem Beitrag erklärt "Daily Telegraph", Frankreich misstest die Ruhrbesetzung nicht weniger als es den Ernst der britischen Arbeitslosigkeit misst. Wie könne sonst angesichts der Ereignisse der letzten beiden Monate ernstlich in der französischen Note wieder behauptet werden, der Widerstand kommt nicht aus der Ruhrbesetzung, sondern von gewissen Industriellen und Berlin? Das Blatt nimmt die Erklärung Poincarés, daß Frankreich keine annexionistischen Ziele verfolge und das bei einer Einstellung des passiven Widerstandes die Ruhrbesetzung abändern werden soll, zur Kenntnis. Zum Schlus heißt es, kein Fortschritt sei erzielt, nicht einmal eine Bewegung. Die Note lasse für alle praktischen Zwecke die Dinge ganz genau so wie sie waren, und bedeute keinerlei Annäherung zu einem gemeinsamen Boden, auf dem Frankreich und Großbritannien hoffen könnten, gemeinsam eine Aktion zu beginnen, so wie es beide Nationen wünschten.

## Auch die Wiener Blätter gegen Poincarés Kniffe.

**W**ien. In ihrer Stellungnahme zur französischen Note heben die Blätter einmütig die Unklarheit und die absolutistischen Kniffe in der Argumentierung von Poincarés Note hervor. Sie wiederholen im polemischen Teil die längst gehörten Angriffe gegen Deutschland, wodurch die Gerechtigung der Geheimigkeit der Ruhrbesetzung nachgewiesen werden sollte, dieser Teil sei daher gänzlich überflüssig. Die Welt habe sich unabhängig von den juristischen Spezialfähigkeiten Poincarés längst ein eigenes Urteil gesetzt. Der zweite Teil lasse wohl andeutungsweise einige halbe Zugeständnisse durchblicken, die jedoch so verklusuriert seien, daß eine wesentliche Entspannung nicht zu erwarten sei. Die Blätter weisen einmütig den Vergleich mit Deterrekt zurück und hellen fest, daß Deterrekt eine nambastie Anleihe gewährt und die Reparationen erlassen werden, während man aus Deutschland den letzten Blutströpfen herausprellen wolle. Unter solchen Umständen sei der Hinweis auf eine internationale Einsehung für Deutschland hinfällig, da eine solche erst nach Beendigung der Schuldsumme möglich sei. In dieser Beziehung habe Poincaré aus der Pariser Bankierungsszene nichts gelernt oder möglicherweise lernen wollen, immerhin könne man aus der Note die Beurteilung über die englische Drohung wegen Einführung der Schuldforderungen herausschönen und daraus eine leise Hoffnung schöpfen. Bei der Unklarheit der gegenwärtigen Lage könne aber die Entscheidung nur durch Beantwortung der Frage, was Frankreich ehrlich wolle, ermittelt werden.

## Der Reichsfinanzminister zur wirtschaftlichen Lage.

### Die Devisen-Zwangsausgabe.

Der Hauptausschuß des Reichstages hatte gestern seinen großen Tag. Der große Saal war nicht nur von Mitgliedern des Ausschusses, sondern von fast allen in Berlin anwesenden Abgeordneten und zahlreichen Regierungsvertretern fast überfüllt. Man wollte der Antwortrede des neuen Finanzministers Dr. Hilsfelding und der Bekanntgabe des Inhalts der so lange beprochenen Notverordnung lauschen.

Hilsfelding gab zunächst einen Überblick über den trocken laufenden Zustand unserer Finanzen, der selbst in diesem wissenden Kreise einen erschütternden Eindruck machte. Der schwerste Fehler des abgängigen Kabinetts Cuno lag in seiner Finanzpolitik, die planlos die Inflation ins Ungeheuer auswuchsen ließ, ohne an eine rechtzeitige Deckung der durch die Ruhrbesetzung außerordentlich gewachsenen Ausgaben des Staates zu denken, sodass schließlich nur noch etwa fünf Prozent der Ausgaben durch die Einnahmen deckt wurden. Dazu kam die nach außen nur notdürftig verbilligte Uneinigkeit im Kabinett, durch die die eine Maßregel eines Ministeriums durch Anordnungen eines anderen Ministeriums durchkreuzt wurden und selbst richtige Maßregeln in ihrer Wirkung abgeschwächt oder verzerrt wurden. Der Reichstag hat in den Augusttagen Steuern in einem Ausmaß beschlossen, das bis vor Kurzem noch unerhört gewesen wäre, aber Finanzminister Hilsfelding mußte feststellen, daß selbst diese, wie man wohl sagen kann, rohen und brutalen Steuern, auch bei richtigem Eingang die Ausgaben nicht zu decken vermögen.

Eine wirkliche Sanierung unserer vollständig verschränkten Finanzen ist nicht möglich ohne Beendigung des Ruhrkonfliktes und ohne Stabilisierung der Mark. Diesem Ziele muß jede Regierung streben, aber da dies einleitend nicht erreichbar ist, muß sie wenigstens durch Bekämpfung des Devisenmarktes einen erträglichen Zwischenzustand zu schaffen suchen. Ohne Bekämpfung des Dollarfürtes läuft sich, wie Hilsfelding richtig ausführte, überhaupt keine Politik treiben. Die Regierung macht daher den Versuch, die Devisen in ihre Hand zu bekommen und schlägt in ihrer Notverordnung vor, daß für je gebautaufend Mark, die auf die erste Stufe der Notverordnungsausgabe gesetzt werden sind, ein Betrag von einer Mark Gold in Devisen bis zum 15. September 1923 zu liefern ist. Wer den entsprechenden Betrag am Starttag nicht ablieft, muß unter Strafe verfallen, daß er über keinen Besitz an Devisen verfügt. Stellt sich die Ingabe als falsch heraus, so wird er wegen Mündecks nicht mit Bußgeldstrafe belegt, sondern auch sein Vermögen konfisziert. Ist er tatsächlich nicht in der Lage, eine Devisenzahlung zu leisten, so wird ihm Zahlung in Papiermark als eine Art Zwangsanklage auferlegt. Dr. Hilsfelding nimmt sich also den tschechoslowakischen Finanzminister Valach zum Vorbilde, der mit ähnlichen Maßregeln die Devisenspekulation in seinem Lande unterband, die Valuta hob, allerdings auch eine größere Anzahl von Bankkonten ins Gefängnis und zum Siedlungsmotiv trug und schließlich, wie bekannt, der Augel eines Attentäters zum Opfer fiel.

Im Hauptausschuß war nur eine Meinung, daß in dieser Zeit der allerdringlichste Not und des unmittelbar drohenden Insammeubruchs keinerlei Rückhalt auf den Finanzen und die Wirtschaft geübt werden könne, und daß die unbedingte Herrschaft der Staatsoberität über

das Wirtschaftsleben mit allen Mitteln durchge setzt werden müsse. Die Wirtschaft hat in den Besprechungen mit dem Reichskanzler diesem Standpunkte zugestimmt und es ist zu hoffen, daß auch jeder Einzelne ihm folgt und alle sozialen Möglichkeiten auf Bevölkerungsinteressen in der nächsten Zeit ausnutzt, da andererfalls ein Zusammenbruch mit all seinen furchtbaren Folgen, nicht nur für den Staat, sondern für jeden Einzelnen, nicht zu verhindern ist.

Finanzminister Hilsfelding betonte in seinen weiteren Aussführungen mit allem Nachdruck, daß er sein Amt nur führen könne im Einklang und in steter Führungnahme mit allen Ministerien, und daß er sich ein Überwachungskreis anstrebe bei der Ausstellung der Ecks der einzelnen Minister. Dieser Einklang müsse aber auch mit der Reichsbank vorhanden sein, da es nicht angehe, daß in der Regierung und in der Reichsbank verschiedene Politik geübt werden. Reichsbankpräsident Hohenstein stand in den letzten Monaten vor der schwersten Aufgabe, die je einem Centralinstitut gestellt worden ist und er stand dieser Aufgabe leider mehr als Bankier denn als Politiker gegenüber. Es wird an ihm liegen, entweder sich der vom Reichstag gebilligten Finanzpolitik der Regierung unterzuordnen, oder aus der Meinungsverschiedenheit die Konsequenzen zu ziehen.

### Der Reichskanzler

#### zur innen- und außenpolitischen Lage.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates stellte sich der Reichskanzler Dr. Stresemann dem Reichsrat vor und hielt dabei eine Ansprache, in der er auf die überaus schwere innen- und außenpolitische Lage Deutschlands hinwies und hervorholte, daß die Führung der Außenpolitik mehr denn je von dem eluhelichen Zusammenspiel aller Faktoren im Innern abhängt sei. Der Reichskanzler verwies dann auf seine erste Regierungserklärung im Reichstage, in der er von dem Eigenleben der Länder gesprochen und gleichzeitig erklärt habe, daß diese sich in das Großes des ganzen Reiches eingliedern müssten. Diese Erklärung sei von dem ganzen Kabinett getragen und befundenen zentralen Tendenzen, die der neuen Reichsregierung unterstellt würden, seien von dem Reichsminister des Innern zurückgewiesen worden. Gerade in der gegenwärtigen Lage kommt es darauf an, daß nach außen hin das ganze Reich eine Einheit bilden zur Abwehr der wirtschaftlichen finanziellen und politischen Schwierigkeiten.

Am entsprechen im Namen des Reichsrates deutscher Staatssekretär Weizsäcker. Er gab dem Reichskanzler die Verstärkung, daß der Reichsrat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Pläne der Reichsregierung unterstützen werde, die darauf hinzuhalten das Deutsche Reich aus seiner verunreinigten Lage herauszubringen. Er erklärte, daß auch die Länder auf dem Standpunkt ständen, daß derjenige, der im Auslande steht, jetzt bei dem Moment gefundenen, wo das durch Blut und Eisen zusammengefügte Reich zerfallen und in Städte gehen werde, eine jähre Rechnung anstelle. Gerade das Leid schwächt das Reich zusammen und wer es wagen würde, an den Geschlossenheit zu rütteln, würde auf Granit stoßen. Er verführte den Reichskanzler, daß der Reichsrat ihm jede Unterstützung ausreden lassen werde auf dem Wege, dem deutschen Volke wieder zu einem besseren friedlichen Zustande zu verhelfen.

### Die italienische Presse bezeichnet die Note als unversöhnlich.

**I** Rom. Die Blätter bezeichnen allgemein die französische Note als in der Form entgegenkommend, aber dem Inhalt nach unversöhnlich. "Giornale d'Italia" verübt die Forderung, daß Deutschland zahlen müsse, und sagt, daß Italien deshalb mit der französischen Note nur einverstanden sein könne. Die politische Seite der Frage wird von dem Blatt nicht berührt.

Dagegen nimmt "Aldo Nazionale" offen Stellung gegen die Note, da einmal bei Verfehlung von 26 Milliarden Goldmark an Frankreich, gleich 52 Prozent der von Deutschland zu zahlenden 50 Goldmilliarden, Italien noch den inzwischen aufgeweiteten Prozentsatz nur 5 Milliarden bekommen würde, während die Italiener außerdem gesetzende 2,5 Milliarden der von Deutschland übernommenen Schulden seiner chemischen Verbündeten überbrückt blieben. Dann aber werde bei den Kontrollmaßnahmen Italien überhaupt nicht erwähnt, als ob es gar nicht vorhanden sei. Das Blatt fragt, ob Frankreich am Ende das Preisgefecht wiederholen wolle, dessen Oper Italien schon an Tonno und Adria geworden ist. Schließlich würden die vorgelegten Räumungsbedingungen die Ruhrbesetzung um 50 Jahre verlängern, wenn nicht gar verzögern. Die Ruhrbesetzung, so erklärt "Aldo Nazionale", sei eine Kriegsmaßnahme, die außerhalb des Vertrages steht und den anderen Autoreten das Recht gebe, selbständig zu handeln.

Das neue sozialistische Blatt "Corriere Italiano" unterstreicht ebenfalls die Tatsache, daß Italien bei der Frage der Kontrolldurchführung nicht erwähnt ist. Das Blatt, das sich über die Ruhrbesetzung und die Zahlungsfordernisse Frankreichs im Sinne der "Aldo Nazionale" auspricht, bezeichnet die Schaffung eines Rheinlandes als ein gefährliches Experiment. Das Reparationsproblem sei nicht ein laufmännisches Rechenergebnis, sondern eine deutsche Frage von vormals politischer Bedeutung. Wer, wie "Giornale d'Italia" nur vom Nicht-Frankreich, sich bezalet zu machen, rede, vertrete nicht die italienische These, die in der letzten italienischen Note an England klar ausgezogen sei, selbständig zu handeln.

### Schweizer Pressestimmen gegen Poincaré.

**I** Zürich. Zur französischen Note schreibt die "Neue Zürcher Zeitung", die Beweisführung Poincarés beweise sich nachgerade in etwas ausgefahrenen Gleisen. Von dem produktiven Programm, das selbst französische Blätter mit einem Nachdruck von der Regierung verlangt hätten, sei vorläufig nicht viel zu erkennen. Die französische Antwort laufe auf den Wunsch nach weiteren Verhandlungen mit England hinaus. Es sei zu hoffen, daß die Ergänzungen zur Note Poincarés, die nicht ansbleiben könnten, der Möglichkeit einer Verständigung mehr Raum gönnen, als der erste Eindruck, den der Hanau-Anzug zuläßt.

Die "Basler Nationalzeitung" schreibt: Die Diskussion wird zweifellos weiter gehen. Keine Tür wurde geschlossen, aber praktisch hat sich auch nirgends eine Annäherung wieder in der Richtung gegen London noch gegen Berlin vollzogen. Wieder wird die vorhergehende Beendigung des passiven Widerstandes an der Ruhr als erste Bedingung gesehen, ohne daß Frankreich klarer herausgesagt, was es an Zugeständnissen dafür zu bieten gedacht. Frankreich ist — das unterstreicht die Note — zu seinem Entgegenkommen in fühlbar leichter Form bereit. Es will zunächst bezahlt sein, will den Deutschen keine Sicherheiten gewähren, will das, was es selbst als

Nicht erklären, weder von Baldwin noch von irgendwelchen Unparteiischen unternehmen lassen. Baldwin gegenüber ist Poincaré höchstememmi, ihm ein Einlenken zu erleichtern, aber mit Stresemann macht er höchst wenig Umlände. In unbeständiger Form sieht er unverbindliche Zusagen, zunächst habe der Ruhrwiderstand aufzuhören; dann kommt ja die Reparationsfondiellen Gleichsetzungen gewährt, und könnte sie auch Frankreich mit seinen Bandesgenossen unterhalten. Die französische Antwort steht Zeit zu gewinnen, die Zeit arbeitet aber für den Stärkeren. Das ist Frankreich, nicht Deutschland und nicht England.

Der "Bau" schreibt, die französische Note erfülle, wenn gleich sie die Grundzüge der bisherigen Ruffaltung nicht ändere, innerlich Abhängigkeiten der Verhandlung. Es sei Frankreich darum zu tun, eukter und entschließt zu werden, und es schaffe auf seinem Standpunkt: Ich Reparationen, dank Tötung der eigenen Soulbewilligungen. Einen Schritt nach vorwärts geholt jedesfalls die Freiheit, die Zahlungsobligation Deutschlands in Perioden abzuwählen. An diesem Punkte werden die französischen Verhandlungen unter den Alliierten, wie die Note sagt, einzeln müssen.

### Die Veröffentlichung der belgischen Note.

**P**aris. Havas erichtet aus Brüssel, daß die belgische Antwort auf die englische Note wahrscheinlich heute in Paris und am Montag in London überreicht werden wird. Veröffentlicht wird sie Montag früh.

### Berichtigung der Verfassungspolitik.

Wie verlautet, soll ab 25. August die Verfassungspolitik verschärft werden. Die Ausgabe neuer Pässe soll beworben. Im Bereich der 40. I. Division in Bonn gelten die rot vierteiligen Pässe ab 25. August nur noch für die Kreise, während für die Außenreise besondere Pässe ausgeben werden.

Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: Zur schärferen Durchführung der Verfassungspolitik sind die französischen Truppen an der Ostgrenze des Einbruchsgebietes erheblich verstärkt worden; die Kontrolle wird äußerst streng und rücksichtslos gehandhabt.

### Neue Milliardendiebstähle.

Nach einer Dokumentation aus Düsseldorf sind gestern in Mainz 84 Millionen, in Berlin 30 Milliarden, in Ludwigshafen 40 Milliarden, in Bonn 8 Milliarden und in Speyer 42 Millionen weggenommen worden. In Mayen sei eine Summe von 1,5 Milliarden aus der Sparlasse weggenommen worden, als Zahlung einer Kontribution von 8700 Francs, die der Eisenbahnrégie infolge der im Kreis Mayen am 25. Juni angeblich begangenen Sabotageakte zugesprochen worden war.

### Raliche Geldscheine im belgischen Gebiet.

Im belgischen Gebiet tauchen gegenwärtig grobe Mengen falscher Geldscheine, vor allem 20-Tausend-Mark-scheine auf, die nur durch ihr falsches Wasserzeichen (große dunkle Punkte) kennlich sind. Man darf annehmen, daß diese Fälschungen von den Franzosen in Massen vorgenommen werden, um den Verkauf der Mark zu beschleunigen und das Vertrauen zu ihr so zu erschüttern, daß die von den Franzosen und ihren konsolidierenden Freunden vorbereitete rheinische Währung der Bevölkerung als einziges Mittel anerkannt wird.

### Kündigung von Arbeitern.

Wie die Chancen in Dortmund berichten, bestehen jetzt die Anstrengungen nach der Kündigung von Arbeitern. Verbotet und sofort ausgewiesen wurden außer dem Oberbaurat Karl Lorenz vom Ausdehnungsamt in Dortmund sieben Schlosser, zwei Schmiede und ein Dreher sowie eine Anzahl Familien von insgesamt 17 Personen.

Die Polizei im Rathaus zu Buer.

Gestern vormittag befand eine starke Abteilung Polizei das bislang Rathaus. Es handelt sich um die Vertreibung einer von den belgischen Beliebungsbehörden verhängten Geldstrafe von 50.000 französischen Franken, die der Stadt Buer und der Gemeinde Mariä als Sanctionen für die Errichtung eines Hochpolos an der Lüne aufgelegt wurden. Aus dem Dienstzimmer des Bürgermeisters Rahr und des Beigeordneten Dr. Gremm wurden sämtliche Bilder und Einrichtungsgegenstände entfernt. Aus dem Stadtvorstandesamt räumte ein Arbeitskommando sämtliche Federküsse und Sessel fort. Alle im Rathaus vorfindenden Büromaschinen, wie Schreibmaschinen, Rechentafeln usw. wurden von dem belgischen Kommando weggenommen. Auch das leere der Stadt gehörige Auto wurde fortgeführt. Die requirierten Gegenstände wurden auf eine Anzahl Postautos geladen und nach Düsseldorf gefahren. Der Stadt erwächst ein Schaden von vielen Millionen Francs.

Gewissenseile Lügen der Franzosen.

Von gewisser Seite wird verucht, in die Bevölkerung des Ruhrgebietes dadurch neue Benennung hineinzutragen, daß den Angehörigen der im besetzten Deutschland befindlichen Kinder von Zeit zu Zeit Mitteilungen über einen angeblich beständigen Abtransport ihrer Kinder nach Rußland zugehen. Diese aus der Zeit gezeichneten Nachrichten sind nichts wie gewissenlose Lügen, deren systematische Anwendung allzu oft die Absicht verrät, die Bevölkerung mit allen Mitteln zur Verzweiflung zu treiben.

### Über Führung wertbeständiger Zahlung in der Kohlenwirtschaft.

In der am Dienstag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenverbandes, an der sich vorübergehend auch der Reichswirtschaftsminister von Raumer beteiligte, wurde auf dessen Anregung die Frage der Einführung wertbeständiger Zahlung in der Kohlenwirtschaft erörtert, in dem Kohlenpreis weniger mit den für die unvermeidlichen Zahlungsrätsen erforderlichen Valorisierungsschlägen zu belasten. Die vom Vorstand des Reichskohlenverbandes vorgelegten Richtlinien fanden grundsätzlich Zustimmung und sollen schnellstens in einem Auskunfts durchgearbeitet werden. Durch die Einführung wertbeständiger Zahlung wird sich voransichtlich allmählich etwas am Grubenpreis der Brennstoffe sparen lassen.

Im Steuerausschuß des Reichskohlenverbandes wurde auf Wunsch des Reichskommissars von einer Beschlussoffnung über die Aufhebung der Kohlensteuer vorläufig abgesehen, um die weitere Entwicklung der Valuta abzuwarten. Die im Reichstag am 20. August veröffentlichten prozentualen Zuschläge an den Brennstoffverkaufspreisen des Reichskohlenverbandes bleibten mit Wirkung vom gleichen Tage ab bis auf weiteres bestehen. Spätestens ab 27. August dürfen sie eine neue Erhöhung erfahren, da der ihrer Berechnung zugrunde liegende Schiedspruch für die Löhne im Bergbau seitens der Arbeitnehmer nicht angenommen worden ist. Neue Lohnverhandlungen sind bereits im Gange.

**Centralverband des Deutschen Großhandels.**  
Die Bezirksgruppe Dresden vom Centralverband des Deutschen Großhandels e. V., sowie der Arbeitsgemeinschaft des Dresden-Großhandels e. V. haben am Mittwoch eine außerordentlich zahlreich beladene Versammlung in der Dresden Kaufmannschaft abgehalten, in welcher Sonditus Dr. Eimel über die Umstellung des Wirtschaftslebens auf Goldmarktgeldrage, sowie über die Devisen- und Steuerpolitik der Reichsregierung gesprochen hat.

Nach dem Vortrage wurde folgende Entschließung gefasst: "Die heute in der Dresden Kaufmannschaft versammelten Mitglieder des Arbeitsgemeinschaftes des Dresden-Großhandels e. V. Bezirksgruppe Dresden, haben nach einem Vortrage ihres Geschäftsführers folgende Entschließung gefasst: 1. Der Dresden-Großhandel verzerrt einstimmig die Ansicht, daß die Durchführung der Goldmarktberechnung in der gesamten deutschen Wirtschaft geeignet ist, unser Wirtschaftsleben auf eine gehende Basis zu stellen. Erst wenn das geschieht ist, ist auch die Voraussetzung für die Schaffung wertbeständiger Löhne und Gehälter gegeben. 2. Der Großhandel muß daher auch vor der Reichsregierung verlangen, daß sie keine weiteren Schwierigkeiten gegen die Berechnung auf Goldmarktgeldrage erhebt und daß die Bestimmung der Devisenordnung diesen Verhältnissen Rechnung trägt. 3. Der Großhandel verkennt zwar keineswegs die finanzielle Notlage des Reiches und ist auch zu Opfern weitgehender Art durchaus bereit, muß jedoch seiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die jetzt vom Reichstag beschlossenen Steuern in Verbindung mit den sich überstürzenden Lohn- und Gehaltsberechnungen von so ungeheurer Auswirkung sind und das Betriebsvermögen derartig angegriffen wird, daß sie vor der Wirtschaft unmöglich getragen werden können. Bei Durchführung der Steuerbestimmungen liegt die drohende Gefahr vor, daß die Betriebe in kürzester Zeit zusammenbrechen und dadurch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise im Wirtschaftsleben gezogen werden."

### Prozeß gegen Schriftsteller Oehme.

Vor dem erinstanztlichen Senat des Reichsgerichts begann, wie bereits gemeldet, gestern unter Vorst. des Staatspräsidenten Dr. Richter der Landesverfassungsgerichts gegen den 31 Jahre alten Berliner Schriftsteller Walter Oehme, der sich seit 24. März d. J. in Untersuchungshaft befindet. Nach der Anklage soll Oehme in den Jahren 1921 und 1922 in fortgeleiter Handlung Nachrichten, die im Interesse des Deutschen Reiches vertraulich und geheim zu halten waren, an ausländische Regierungen bezw. Vertrauensleute ausländischer Regierungen mitgeteilt haben, und dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet haben. Bei der Verhandlung, die einige Tage in Aufschub nebligen blieb, sind 15 Zeugen geladen. Als Sachverständige des Gerichts sind Willkürliche Geheimer Registrator Morath vom Auswärtigen Amt und Oberleutnant Goepps vom Reichsministerium erschienen. Von der Verteidigung sind als Sachverständige Chefredakteur Georg Bernhard, Redakteur Altmann, Dr. Timm, Ministerialdirektor Dr. Bredt, Regierungsrat Alfons Steiger und die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Fröhlich geladen. Reichsanwalt Neumann vertritt die Anklage. Die Verteidigung ruht in den Händen von Dr. Levi und Justizrat Berndau Berlin. Auf Antrag des Reichsanwalt wird die Defensibilität wegen Verfehlung der österr. Ordnung und der Staats sicherheit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Samtliche Zeugen und Sachverständige werden verpflichtet, über die Verhandlungen Schweigen zu bewahren. Tatsächlicher Abschluß der Defensibilität und Julafest der Presse, die von der Verteidigung beantragt war, erzielen dem Gerichte nicht angebracht, da sämtliche Punkte der Anklage ineinanderareihen.

### Prozeß gegen den Studenten Bauer.

In München. Der zweite Verhandlungstag im Prozeß wegen der Tötung des Studenten Bauer begann mit der Vernehmung des aus dem Archiv-Moskau-Prozeß bekannten ehemaligen Briabogenten Dr. Ruge. Dieser erklärte, daß er durch seine Vorträge den heldischen West wissen wollte, betrifft jedoch, daß er eine Todesgründen wollte. Weder Bauer noch Zwengauer waren seine Privatjetreäre gewesen. In seiner Rede im Wittelsbacher Saal, in der die Anklageverdacht eine Auflösung zum Mord erblieb, daß der Angeklagte an u. a. gelangt zu haben, daß man Männer brauche, welche die Verdere des Deutschland, u. a. Voltaire, Diderot, Blood George, bekämpfen sollten. Ruge hält es indessen für möglich, gesagt zu haben, es komme vielleicht die Stunde, wo jeder einen Mann zur Erdledigung" ausgegliedert bekommen werde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auch Juden genannt habe, erwidert der Angeklagte, daß er auch diese genannt habe, die ebenso wie Engländer und Franzosen ein deutschstämmiges Volk seien. Es folgt dann nochmal die Vernehmung des Angeklagten Zwengauer, der trotz eindringlicher Erwähnung des Vorsitzenden bestreitet, zur Tat beeinflußt worden zu sein.

### Zahngeschichte.

Deutsches Reich.

Schreiben der Angestelltenverbände an die Reichsverwände. Die Sozialverbande der Angestellten haben an die Sozialverbande nachstehendes Schreiben gerichtet: Die Sozialverbande der Angestellten haben mit der aktiven Ressorten der Belegschaft nichts zu tun. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß Ressortarbeiten verhindert und von den Angestellten bearbeitet werden müssen. Die Arbeitsstätten dürfen auf ihnen Zeit eingerichtet werden, einzelne von welcher Seite das verhindert wird. Unterzeichnet Afa - G. D. A. - Gedag.

Dr. Beneš als Vermittler. Zu den Meldungen einiger Blätter, daß der deutsche Reichskanzler Dr. Stresemann sich an den tschechischen Außenminister Dr. Beneš gewandt und ihn gebeten habe, die Vermittlung zu übernehmen, um direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, erläutert der tschechische Korrespondent des Prager Abendblattes von absolut zuverlässiger Seite, daß an diesen Meldungen kein wahres Unterzeichnet Afa - G. D. A. - Gedag.

Aus dem Polen in Berlin. Der russische Botschafter Kreitski hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Botschaftsrat Bratman-Brodowski die Reichsstadt des Botschafts - Der italienische Botschafter Sibyllo ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen. - Der ungarnische Gesandte Dr. von Simai hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Legationsdirektor von Nagy die Geschäfte der Gesandtschaft.

Ein Protest Banfers. Die "Würzburg-Augsburger Abendzeitung" bringt folgende Meldung: Unmittelbar vor dem Sturz Cuno hatte der Reichspräsident eine Bekanntmachung gegen die Preise erlassen, ohne daß sich die Reichsstädte mit den Ländern in Verbindung gebracht hatten. Wie wir hören, hat die bayerische Regierung in einer Note Verwahrung gegen die Reichspräsidentenverordnung eingelegt.

Serbien.

Eine neue Konferenz der kleinen Entente in Maribor. Die Belgrader Blätter veröffentlichen eine baltamatische Note, in der für Beginn des kommenden Monats eine neue Zusammenkunft der Vertreter der kleinen Entente in Maribor angekündigt wird.

Ungarns. Unternehmens in Hirschberg?

Stinnes-Unternehmen in Hirschberg? Die tschechischen Blätter beschäftigen sich ausführlich mit dem Plan Stinnes, in Hirschberg Konkurrenzunternehmungen für die Gablonzer Industrie zu errichten. Sie veröffentlichten ein Schreiben aus der Gablonzer Gegend, in dem auf die Gefahr des Stinnes'schen Planes hingewiesen wird und verlangt wird, daß man den Absichten Stinnes energischen Widerstand entgegenstellt.

Österreich.

Der Lautanner Frieden gesichert. Die Nationalversammlung hat den Lautanner Friedensvertrag mit 250 gegen 235 Stimmen angenommen.

Griechenland.

Zusammenstoß zwischen Streikenden und Soldaten in Athen. Gestern nachmittag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Soldaten. 2 Arbeiter sollen getötet und 7 verwundet sein.

Belgien.

Aufnahme einer Anleihe von 400 Millionen Franken. Nach einer Darstellung aus Brüssel hat im Laufe des gestrigen Ministerates Ministerpräsident Thiemann mitgeteilt, daß die Aufnahme einer Anleihe von 400 Millionen Franken abgeschlossen sei. Die Anleihe werde für 20 Jahre kontrahiert, die Rückzahlung beginnt in fünf Jahren, der Zinsatz beträgt 8 1/2 %, der Ausgabekurs 98 %.

Holland.

Holländisch-portugiesischer Handelsvertrag. Zwischen Portugal und Holland ist ein Handelsvertrag unterzeichnet worden.

England.

Zusammenkunft Baldwin mit Curzon in der Normandie. Verschiedentlich wird damit gerechnet, daß Baldwin anlässlich seines Aufenthaltes in Frankreich die Gelegenheit wahrnimmt, Lord Curzon in der Normandie zu besuchen.

Spanien.

Die erfolgreiche spanische Gegenoffensive. Die heutigen Operationen der spanischen Regierungstruppen wurden mit vollem Erfolg durchgeführt. Wie die "Agencia Iberia" meldet, sind die spanischen Truppen in Alau gelandet und haben die Verbludung mit Alcazar, die durch den Feind unterbrochen worden war, wiederhergestellt. Ein Geschwader bombardiert Ghata Azid, wo sich das Hauptquartier Ab del Primo befindet. Die Truppen befinden sich auf dem Vormarsch. Der König sprach den Truppen seine Anerkennung für die hervorragenden Waffenerfolge aus. Die spanische Presse bringt ausführliche Einzelheiten über die Unterstützung der Aufständischen durch die Franzosen. Es bestätigt sich, daß in der französischen Zone und in Tanger Rekrutierungen für Ab del Primo vorgenommen werden.

Amerika.

Einschreiten der amerikanischen Regierung im Koblenz- arbeiterstreit. "Chicago Tribune" erläutert, daß die amerikanische Regierung angesichts des Koblenz- arbeiterstreites zum energischen Vorgehen entschlossen ist, wenn die Bergarbeiter und Bergwerksbesitzer sich nicht innerhalb 24 Stunden einigen. "New York Herald" erläutert, daß der Sekretär des englischen Koblenz- arbeiterverbandes mit dem Präsidenten des amerikanischen Koblenz- arbeiterverbandes zusammengetreten werde, um ihm einen Vorschlag zu unterbreiten, der eine entsprechende Aktion der englischen Koblenz- arbeiter vorbereite.

Der Schaden der Überproduktion. Der Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsamt, Wallace, hat dem "New York Herald" aufgrund eines pessimistischen Berichts über die wirtschaftliche Lage des amerikanischen Landwirtes veröffentlicht. Die Landwirte würden dem Markt entzogen,

gefüllt, da sie ihre Erzeugnisse unter dem Produktionspreis verkaufen müßten. Nichtsdestoweniger könnten sie höhere Einnahmen erzielen, wenn die Arbeitserlöse und Transportkosten nicht eine so gewaltige Steigerung erfahren hätten, die fünfundzwanzig Prozent gegenüber der Vorkriegszeit betrage.

Präsident Coolidge zur amerikanischen Politik. Nach einer Meldung des "New York Herald" aus Washington wurde im Weißen Haus mitgeteilt, daß President Coolidge sehr erläutert, daß nach seiner Überzeugung die amerikanische Politik der Polizei gegen Europa richtig sei. Die Ereignisse hätten diese Politik gerechtfertigt. Die Vertreter der amerikanischen Produkte in Europa hätten ihn davon überzeugt, daß sich in Europa nichts vorbereite, was ein Abweichen von der vom Präsidenten Harding befolgten Politik angebracht erscheinen läßt. Die Vereinigten Staaten könnten geschädigt werden, wenn sie sich in die europäischen Verbündete einmischten, wie dies von gewissen Kreisen in Washington angeraten wurde. Präsident Coolidge wünschte jedoch eine Lösung der europäischen Frage, er hoffte vor allen Dingen eine Lösung der Reparationsfrage für notwendig, ist aber gegen Vorherrschen von europäischer Seite, bevor nicht feststeht, daß alle Beteiligten genehmigten. Mit Vertretern des Handelskammer habe der Präsident zwar die Lage besprochen, er ist aber nicht gewillt, seine Haltung ihren Ratgebern entsprechend zu ändern. Das Blatt sagt dazu, in Washington werde vorausgesagt, daß die europäische Frage den Hauptgegenstand der Debatten während der nächsten Tagung des Kongresses bilden werde.

### Bur Krise im Buchdrucksgewerbe.

Der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger trifft mit: Die verzweifelte Lage im Zeitungswesen hat den Verein Deutscher Zeitungs-Verleger (Vereiniger der deutschen Tageszeitungen) E. V. veranlaßt, zum 21. Aug. nachmittags 2 Uhr eine außerordentliche Hauptversammlung nach Elisenau in den Saal der "Schule" einzuberufen. Wenn auch die Kosten der Reihe und des Aufenthalts groß sind und die Zeitungs-Verleger heute weniger als je von ihren Betrieben abhängen, so ist der Hintergrund der Elisenauer Tagung doch so ernst, daß jeder Verleger an der Gestaltung der für die deutsche Presse entscheidenden Beschlüsse in Elisenau mitwirken muß.

Die gestrige Versammlung der Breslauer Zeitungs-Verleger und Buchdruckereibesitzer hat beschlossen, in allen Betrieben unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen dem gesamten technischen Buchdruckpersonal zu fördern, weil sie nicht in der Lage seien, die hohen Gewinnabschläge der Betriebe nach sich ziehenden neuen Buchdruckerlösen weiztechnisch aufzuhören.

Der Deutsche Buchdruckerverein trifft mit: Erfolge weiterer Lohnabschläge und Materialabschläge sowie der außerordentlich gefüllten Fabrikarbeits- und Staurten in die Schließfachabteilung des Deutschen Buchdruckervereins vom 21. August ab, ab 35.000 erhöht werden.

Die kommunistische Partei-Fraktion hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, die sich mit der Kündigung des technischen Sekretariats in den sächsischen Unternehmen und einzelnen Industrien befaßt und in der die Regierung gefragt wird, was sie an tun gedenkt, um die Arbeiter vor dem "Terror der Unternehmer" zu schützen.

### Betriebsvereinigungen in Berlin.

Berlin. Die Blätter berichten über eine Reihe teils erfolgter, teils angebrochener Betriebsvereinigungen, nachdem die Berliner privaten Betriebsteilen ihre Worte geschlossen haben, legten nun auch die Berliner Metallarbeiterfakultäten, die Plakettierung der Anstalten auf eine Wache nahm, damit sie sich auf Goldbalken einführen können. Ferner verholt der Verband Kaufmännischer Genossenschaften eine Mitteilung, in der den Lebensmittelkleinhändlern der Rat gegeben wird, allen Angestellten mit Wirkung zum 1. September zu steuern. In der Mitteilung heißt es, daß die neuen Steuergesetze in ihrer Auswirkung den Kleinhandel den Todesstrafe geben und daß die Zahlung der zweiten Steuerrate am 5. Oktober den Nutzen der Geschäftsinhaber beigeben müsse. - Das "B.Z." bemerkt dazu, die Genossenschaft habe mit ihrem Aufruf eine schwere Verantwortung auf sich geladen, denn die Folgen einer Steuerung des Lebensmittelkleinhandelns seien unabsehbar. Das Blatt hofft, daß es bei dem verhängnisvollen Blatt nur um ein gegen die Regierung gerichtetes Druckmittel handele. Eine solche Politik würde auf das schwerste zu verurteilen sein. - Der Vorwärts spricht sogar von Bandesverrat.

### Bayern und die Sicherung der Ernährung.

Als äußeres Ergebnis der vielfältigen Verhandlungen der Regierung mit den Führern der Koalitionsparteien wurde in späteren Abendblättern ein Aufruf der bayerischen Staatsregierung ausgegeben, der einen Überblick über die zur Sicherung der Ernährungslage getroffenen und in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der bayerischen Regierung gibt und u. a. mittelt, daß die Wiedereinführung des Prachtbriefzwanges für Kartoffelernte befohlen wird. Am Ende des Aufrufes wird gesagt, daß trotz aller Schwierigkeiten die Ernährungslage keinen Anlaß zu Übertriebenen Beschränkungen gibt und daß bei der Durchführung der beworbenen Maßnahmen die bayerische Regierung auf die Vaterlandsliebe und den gemeinsamen Sinn des bayerischen Volkes baut.

### Konferenz der ausgewiesenen Eisenbahner.

München. Eine aus ganz Bayern zahlreich besuchte Konferenz der ausgewiesenen Mitglieder der Reichsverwaltung der Eisenbahnen der ausgewiesenen Eisenbahner und Angestellten nahm eine Entscheidung für volle Aufrichterhaltung des passiven Widerstandes an, wonach zugleich die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen ihre den Ausgewiesenen gegebenen Verpflichtungen einlösen und nach Beendigung des Aufwiderstandes den Ausgewiesenen zurückstellen, was sie verloren haben.

### Das Treiben der Syndikalisten.

Frankfurt/Main. Die bellige Arbeiterschaft meldet: Die Syndikalisten des gesamten befreiten Gebietes verstärken ihre Anstrengungen auf Eroberung der Rheinlande. Am Mittwoch haben die syndikalischen Separatisten in Ludwigshafen eine stark beladene Versammlung aus dem ganzen befreiten Gebiet abgehalten. Ein Flugblatt des Ababundes, der SVB und der NVD, hatte sich gegen die Losreihungsbefreiungen der Syndikalisten und der mit ihnen verbündeten Unionisten gewandt. Bei der Verteilung dieses Flugblatts vor dem Tagungsort kam es zu Zusammenstößen, wobei ein Kommunist geschlagen wurde, der bewußtlos lag. Ein starker Polizeiaufmarsch befreite den Überfallenen. Darauf zog eine aus mehreren hundert Syndikalisten bestehende Garde, die noch durch den Julian von Erwerblosen verstärkt worden war, zum Büro des chemischen Industrieverbands, der der Stufen Gewerkschaftsinternationale angehört, und zerstörte das Inventar. Die Syndikalisten besetzten auch unter weiteren Tätilkeiten einen Verwaltungsrat auf der Moskaustrasse.